

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.09.2022
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kruse, Detlef
Noetzel, Sabine

CDU-Fraktion

Held, Wilke
Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Nützel, Christian
Ouedraogo, Abdou für André Göring

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

Gruppe DIE FRAKTION

Luitjens, Stefan für Lars Mennenga

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Deitenbach, Daniel
Höcker, Eike
Kröger-Vodde, Malte
Lechner, Katja
Mentjes, Zerrin
Termöhlen, Claas

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Groeneveld, Michael
Jaspers, Thomas
Häwel, Sven
Reinecke, Bas
Janßen, Yannick

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Kruse bittet um die Zusammenlegung der Tagesordnungspunkte 5 und 7.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 4 über die Sitzung des Schulausschusses am
11.05.2022 - öffentlicher Teil

Frau Kruse weist darauf hin, im o. g. Protokoll müsse in der Anwesenheitsliste Herr Götze als Vertreter der Ausschussvorsitzenden aufgeführt werden.

Herr Held möchte wissen, warum das Protokoll der Sitzung des Schulausschusses vom 24.05.2022 heute nicht zur Genehmigung vorgelegt werde. Er erinnert, dass der Oberbürgermeister einen mündlichen Vortrag zum Thema Berufliche Bildung – Vision 2035 – in dieser Sitzung gehalten habe. Vor dem Hintergrund, dass zu dieser Thematik keine anderen Materialien zur Verfügung ständen, sei das Protokoll von Bedeutung. **Frau Kruse** erklärt, ihrer Kenntnis nach sei das Protokoll aufgrund von Personalausfällen nicht fertiggestellt worden.

Beschluss: Das Protokoll Nr. 4 über die Sitzung des Schulausschusses vom 11.05.2022 – öffentlicher Teil - wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter
Vorlage: 18/0469

Herr Groeneveld erläutert die o. g. Vorlage.

Herr Held moniert die Darstellung aus verschiedenen Gründen. Seiner Ansicht nach käme man, selbst bei einer Verabschiedung der Resolution durch den Rat, substantiell nicht in der Sache voran. Die Stadt würde mit der Resolution die Verantwortung zum Land zurückgeben und das Land wiederum hoffe auf Bundesmittel. Der Bund bekomme schon die bestehenden Aufgaben nicht hin und gebe die Verantwortung an das Land zurück. Die Fragen könnten erst im nächsten niedersächsischen Koalitionsvertrag geklärt werden. So vergehe die Zeit und damit stelle sich ein Musterbeispiel für den deutschen Föderalismus im Bildungssystem dar. Dies könne nicht zufriedenstellend sein. Mit Blick auf die Standortattraktivität handele es sich um ein Zukunftsthema für Emden. Er möchte die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und appelliert, bei diesem Thema nicht zu spät zu starten. Der gesetzliche Anspruch sei der richtige Weg. Ausgerechnet bei diesem Thema würde die Politik versagen. Hier nehme er auch seine Partei nicht aus. Als Mitglied des Rates sei er verärgert im Hinblick auf die Nichtteilnahme der Emdener Mandatsträger bei so einem Thema. Gerade hier werde die Expertise der Landespolitiker gebraucht. Diese seien aber nicht da.

Er bekräftigt, bei diesem Thema müsse eine gemeinsame Lösung gefunden werden. Dies werde von den Familien zurechterwartet. Es sei beklagenswert, dass es seitens des Kultusministeriums kein Musterkonzept für die Betreuung für Grundschulkinder geben würde. Er signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

In diesem Zusammenhang fragt er, warum noch keine Bundesfördermittel beantragt worden seien. Seines Wissens nach habe es eine solche Möglichkeit gegeben. Er stellt die Frage in den Raum, warum nicht gemeinsam an einem Konzept gearbeitet werde. Der Schulausbau werde seiner Meinung nach nicht abnehmen. Nach Aussage von Herrn Groeneveld gebe es aktuell vier Grundschulen ohne ein Ganztagsangebot. Er erwarte, dass Politik und Verwaltung sich mit den Experten vor Ort zusammensetzen würden, um ein passendes Konzept zu diskutieren. Die CDU-Fraktion fordere einen „runden Tisch“. Mit dieser Motivation habe er im Mai auch den Antrag gestellt. Es sei ernüchternd, heute substantiell nichts Neues zu hören.

Zudem spricht er das Thema pädagogische Fachkräfte an. Auch dieses Problem sei schon länger bekannt und werde sich durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung verschärfen. Er regt an, für dieses Problem innovative Lösungsansätze zu formulieren. Es handele sich um ein relevantes Zukunftsthema und die Menschen hätten Antworten auf die Fragen verdient, hebt er heraus.

Herr Jahnke teilt die Ansicht, es handele sich um ein relevantes Zukunftsthema, welches gelöst werden müsse. Bildungspolitisch stimme er den Ausführungen von Herrn Held zu. Er wendet ein, es könne nicht ein Rechtsanspruch formuliert werden, ohne die Kommunen mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten. Er macht auf die Herausforderungen bei der Sanierung der Schulen aufmerksam. Die Hochrechnungen für beispielsweise die OBS Wybelsum und die Grundschulen Westerborg und Fruchteburg würden aufgrund der zurzeit horrenden Baukostensteigerungen nicht ausreichen. Darüber hinaus solle nun ein Ganztagschulprogramm ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund werde händeringend auf die Ausgestaltung der Förderprogramme gewartet. Seiner Kenntnis nach werde der Bund zum Ausbau der Ganztagschulen 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Es würden bereits sämtliche Planungen

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

getätigt, um ggf. sofort einen Förderantrag zu stellen. Er weist darauf hin, dass die Schulen anschließend auch ausgestattet werden müssten. Auch diese Aufgabe sei von der Kommune kaum zu bewältigen.

In diesem Zusammenhang sei auch der Zuschussbedarf des Fachbereichs 600 in den letzten 10 Jahren zu betrachten. Er bekräftigt, die politische Verantwortung für das Umsetzen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter liege beim Land. Die Musterresolution dieses Rechtsanspruchs, welche das Präsidium des Niedersächsischen Städtetages an alle Kommunen gesendet habe, befürwortet er.

Herr Groeneveld informiert, ein Austausch mit den Experten zum Thema Ganztagsbetreuung finde statt. Beteiligt worden seien Grundschulen, bei denen die Ganztagsbetreuung bereits eingeführt worden sei. Mit Blick auf die Einführung des Rechtsanspruchs seien der aktuelle Stand und die Bedarfe mit allen Schulen, insbesondere mit den Schulen, die bislang noch keinen Ganztags eingerichtet hatten, besprochen worden. Drei Schulen hätten derzeit einen Bedarf verneint. Bei einer Schule werde die Notwendigkeit aktuell geprüft. Im Rahmen der Klausurtagungen werde ein Austausch mit der Politik zum Thema Ganztagsbetreuung stattfinden.

Herr Janssen äußert Bedenken, ob bis zur Einführung des Rechtsanspruchs die bauliche Umsetzung der Schulen überhaupt zu schaffen sei. Die Mängel an den Schulen seien bekannt. Hier sei mit horrenden Kosten zu rechnen. Er spricht sich dafür aus, in der Klausurtagung dieses Thema zu erörtern.

Herr Busch teilt mit, die FDP-Fraktion könne die Resolution nachvollziehen. Der Niedersächsische Städtetag habe „als Anwalt der Kommunen“ sehr gute Arbeit geleistet. Er unterstütze die Aussage von Herrn Jahnke. Die Kommune könne nicht in Planung gehen ohne zu wissen, ob die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die FDP-Fraktion unterstütze die Resolution. Persönlich halte er die Einführung der Ganztagschule für Grundschüler nicht für notwendig.

Herr Kruse denkt, es sei unbestritten wichtig, diesen Rechtsanspruch voranzutreiben. Die SPD-Fraktion stimme der Resolution zu. Er sehe diese Thematik anders als Herr Held. Er würde es seltsam finden, dass das Land Niedersachsen im Bundesrat für die Einführung des Rechtsanspruchs gestimmt habe, obwohl dieser nicht vorbereitet sei. Das Land stehe in der Pflicht, die Richtlinien weiterzugeben, sodass Förderanträge gestellt werden könnten. Aufgrund der aktuellen Lage könnten Baumaßnahmen nicht von heute auf morgen realisiert werden. Dies wisse auch das Land. Diese Resolution sei mehr als wichtig, bekräftigt er.

Herr Ouedraogo bemerkt, unabhängig von der Resolution hätten Schüler*innen derzeit eine hohe Belastung. Er befürwortet die Ganztagsbetreuung. Er fragt, was passiere, wenn das Land überhaupt nicht reagiere.

Frau Mentjes erwidert zu der Aussage von Herrn Busch, es würde Eltern geben, die gezwungen seien arbeiten zu gehen. Zudem würde es auch Kinder geben, die zuhause nicht gut aufgehoben seien. Dies sei zu beherzigen.

Herr Held sei über die Aussage von Herrn Groeneveld erfreut, dass die Planung vorliege. Er hätte sich gewünscht, die Planung einzusehen und er erhebe als Vertreter dieses Rates den Anspruch darauf. Er fragt nochmals nach, ob Bundesfördermittel beantragt worden seien. Auf die Klausurtagung freue er sich ebenfalls. **Herr Jahnke** erklärt, Bundesfördermittel konnten bislang noch nicht beantragt werden, da es keine Ausgestaltung geben würde. **Herr Held** wendet ein, er spreche von den letzten zwei Jahren. Aus seiner Sicht sei diese Frage noch offen und er bittet um eine Beantwortung.

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Groeneveld antwortet, es habe Mittel im Ganztagsschulausbau gegeben, jedoch bislang keine Maßgabe, was ausgebaut werden solle. Fördermittel könnten nur für konkrete Maßnahmen beantragt werden. Vor diesem Hintergrund seien keine Fördermittel beantragt worden.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt die beigefügte Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Sachstand Digitalisierung Schulen
Vorlage: 18/0470

Herr Häwel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Sachstand Digitalisierung an den Schulen. Er geht dabei auf die Historie, die Ziele, die Ausstattung der Schulen sowie die Herausforderungen bei der Umsetzung ein. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Präsentation und bittet um Wortmeldungen.

Herr Busch heißt die transparente Information von Herrn Häwel zum Thema Digitalisierung gut und lobt die Arbeit des Medienzentrums. Teilweise werde beklagt, dass die Digitalisierung der Schulen nicht schnell genug vorangehe. Er erkundigt sich nach der Verhältnismäßigkeit zu anderen Kommunen. Auch interessiere ihn, ob die Lehrkräfte mit dem Ausbau zufrieden seien. **Herr Häwel** antwortet, er habe bisher noch keine Zeit gefunden, das Verhältnis zu den anderen Kommunen zu betrachten. Er weist auf den Vergleichsring Schuldigitalisierung hin. Zu gegebener Zeit werde er zu diesem Thema berichten.

Frau Noetzel erkundigt sich, welches Personal geschult werden solle. Die Berufsbildenden Schulen würden über ein immenses Fortbildungsbudget des Landes verfügen. Sie könne sich vorstellen, Schulungen auszurichten und die allgemeinbildenden Schulen „mit ins Boot“ zu holen.

Herr Kruse stellt fest, dass die Qualitätsunterschiede in den einzelnen Schulen aktuell sehr gravierend seien. Offensichtlich würden für eine Behebung dieses Mangels die Personalressourcen nicht ausreichen. Die von Herrn Häwel genannten Ziele befürwortet er, obwohl sie seiner Meinung nach mutig seien. Er möchte wissen, wie viel Personal für ein Equipment nach heutigem Standard nötig sei. **Herr Groeneveld** antwortet, dies würde von den Qualitätsstandards abhängen. Derzeit arbeite das Medienzentrum an der Umsetzung, stoße jedoch an seine Grenzen. Vor diesem Hintergrund seien die Stellen für zwei weitere Systemadministratoren ausgeschrieben worden. Davon sei eine Stelle besetzt worden, die zweite Stelle werde erneut ausgeschrieben. Er stellt die Frage in den Raum, welche Standards zukünftig vorgehalten werden sollten. Soll die Medienpädagogik in Emden vorangebracht werden oder werde dies dem Land überlassen. Das Land habe bislang lediglich 8 Stunden für eine Lehrkraft zur Verfügung gestellt. Er plädiere dafür, diese Fragen im Rahmen der Klausurtagungen zu klären.

Herr Jahnke ergänzt, die Stadt habe den Digitalpakt bereits mit Eigenmitteln gestärkt. Positiv sei die Fördersumme von 3,6 Millionen Euro. Darüber seien die beiden Stellen der Systemadministratoren zunächst einmal befristet ausgeschrieben worden. Es müsse jetzt schon über die Strategie der Ausgestaltung nachgedacht werden. Wichtig sei, gemeinsam mit dem Rat die Prioritäten

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

zu betrachten. Seiner Ansicht nach liege die Bildungspolitik ganz vorne. Trotzdem müsse darauf geachtet werden, andere Bereiche nicht zu vernachlässigen. Unstrittig sei, dass die Umsetzung zügiger gehen müsse. Die Kommune müsse etwas leisten, jedoch könne dies nicht ihre alleinige Aufgabe bleiben. Diese Problemstellung sei gemeinsam mit den Interessensverbänden der Gebietskörperschaften zu betrachten. Aufgrund des Fachkräftemangels seien Stellen nicht immer schnell zu besetzen.

Herr Götze spricht die Befristung der beiden ausgeschriebenen Stellen an. Er regt an, den Bewerbern eine gewisse Sicherheit hinsichtlich einer unbefristeten Einstellung zuzusichern. **Herr Jahnke** erwidert, dies müsse gemeinsam mit dem Rat überlegt werden.

Herr Held erinnert, im letzten Schulausschuss habe er die Position der CDU-Fraktion zu diesem Thema erläutert. Er pflichtet der Frage von Herrn Götze bei. Seiner Meinung nach müsse diese Frage schnell entschieden werden. Die Schulen würden die beiden Systemadministratoren dringend brauchen. Jetzt sei nur eine Stelle besetzt worden. Er fragt, ob das Thema bei der Klausurtagung zur Sprache kommen werde. **Herr Groeneveld** bejaht dies.

Herr Höcker bezieht sich auf die Frage von Herrn Busch und teilt mit, er sei seit rund zehn Jahren Lehrkraft an der Oberschule Wybelsum. Aus Erfahrung könne er mitteilen, dass sich in den letzten zwei Jahren verhältnismäßig viel im Bereich der Digitalisierung entwickelt habe. Herr Häwel sei oft vor Ort. Er bestätigt, die Lehrkräfte hätten das Gefühl, es gehe voran.

*In Abstimmung mit den Sitzungsteilnehmer*innen lässt Frau Kruse eine Wortmeldung aus dem Publikum zu.*

Frau Rautmann (Schulleiterin der Oberschule Herrentor) bestätigt die Ausführungen von Herrn Höcker. Sie hebt die Unterstützung des Medienzentrums, insbesondere von Herrn Häwel, hervor.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 7 Ausbau Ganztagsbetreuung Grundschulen;
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.05.2022
 Vorlage: 18/0471

Tagesordnungspunkt 7 wurde mit dem Tagesordnungspunkt 5 zusammengelegt.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Schulabbrecher / Schulabsentismus;
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 27.08.2022
 Vorlage: 18/0473

Herr Held erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Groeneveld informiert anhand einer Power-Point-Präsentation über die Anzahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss an Emdener Schulen. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

Im Anschluss an die Präsentation geht er auf die weiteren Fragen des o. g. Antrages ein.

Es seien keine Programme vorhanden, die sich speziell um Schüler*innen ohne Schulabschluss kümmern würden. Jedoch sei der Arbeitsschwerpunkt im Jugendbüro im Zentrum für junge Menschen „Alte Post“ verankert und werde von dort aus von Beginn an begleitet. Weitere Fragen würden von Herrn Reinecke vom Jugendbüro beantwortet.

Herr Reinecke berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über das Thema Schulabbrecher/Schulabsentismus. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Präsentationen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Deitenbach möchte wissen, warum die Berufsbildenden Schulen zu Beginn der Präsentation nicht in der Auflistung aufgeführt worden seien und bittet um Erläuterung. Er lobt die Arbeit des Jugendbüros und bedankt sich dafür.

Herr Reinecke antwortet, aufgrund der Anfrage habe der Fokus primär auf dem JUSTiQ Projekt „Deine Chance“ gelegen. Die Altersstruktur bei diesem Projekt liege bei 12 bis 16 Jahren. Überwiegend betreffe dies den Bereich Oberschulen und IGS. Die Gymnasien seien davon ausgenommen, da es laut Aussage des Bundes an Gymnasien keine Schulverweigerung geben würde. Es handele sich um ein Landes- und Bundesprojekt mit denselben Zielsetzungen. Die Verteilung der Fördergelder sei klar. Im Jugendbüro gebe es die Vereinbarung, dass die Berufsbildenden Schulen über das Projekt „PACE“ durchgeführt würden.

Herr Ohling bezieht sich auf Ordnungsmaßnahmen, bei denen Schüler*innen beurlaubt würden. Er erkundigt sich, ob Schüler*innen in solchen Fällen zuhause verbleiben oder an Schulpflichtersatzmaßnahmen des Jugendbüros teilnehmen würden. **Herr Reinecke** antwortet, im Einzelfall komme dies vor. Er berichtet, dass vor einigen Jahren oftmals Schüler*innen vom Schulunterricht suspendiert worden seien. Seinerzeit sei ein „Auffanglager“ für diese Schüler*innen angeregt worden. Pädagogisches Ziel sei jedoch eine Teilnahme der Kinder und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen am Schulunterricht. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse es Möglichkeiten geben, durch andere Maßnahmen dieses Ziel zu erreichen.

Herr Nützel berichtet aus seiner Erfahrung als Lehrkraft. In Emden würden die Probleme des Kindes/Jugendlichen im Blick behalten und es würde sich intensiv darum gekümmert. Er lobt die Arbeit des Jugendbüros und bedankt sich dafür.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 10 Anfragen

1. Krankenpflegeschule

Herr Ohling habe erfahren, dass die Krankenpflegeschule sehr viele Schüler*innen zu verzeichnen habe und aus diesem Grund müssten Schüler*innen die Krankenpflegeschule in Leer besuchen. Er fragt, wer für die Genehmigung der Klassenstärke zuständig sei. **Herr Groeneveld** antwortet, die Krankenpflegeschule habe einen privaten Träger. Sie habe lediglich Räumlichkeiten der Stadt angemietet. **Frau Noetzel** ergänzt, die Ausbildung der Pflegefachkräfte erfolge an den

Protokoll Nr. 6 über die Sitzung des Schulausschusses

öffentlichen berufsbildenden Schulen und an der Krankenpflegeschule. Die Berufsbildenden Schulen würden nach der Verordnung über berufsbildende Schulen (BbS-VO) beschult. Hier sei die maximale Klassenstärke mit 24 Schüler*innen vorgegeben. Sie bestätigt, für die Krankenpflegeschule gebe es einen privaten Träger.

Zum Abschluss der Sitzung regt **Frau Kruse** an, Genesungswünsche dieses Gremiums an den seit einiger Zeit erkrankten Fachbereichsleiter des FB 600, Herrn Thomas Sprengelmeyer, zu übermitteln.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.